

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Caril. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 174

Fernruf 179.

Wildbad, Freitag, den 30. Juli 1920.

Fernruf 179.

54. Jahrgang

Steuerabzug von Lohn- und Gehaltszahlungen.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Im Reichsanzeiger vom 24. Juli ds. Js. ist nun das Gesetz vom 21. Juli zur ergänzenden Regelung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn veröffentlicht worden. Vom 1. August ab sollen die erlöschenden Bestimmungen zur Anwendung kommen. Bis dahin gelten unverändert die bisherigen Vorschriften, nach denen seit 25. Juni 10 Prozent der Lohn- und Gehaltszahlungen als Abschlagszahlungen auf die Einkommensteuer einzubehalten waren. Eine Rückwirkung ist den neuen Bestimmungen nur insofern beigelegt, als untersucht werden soll, wie hoch sich der Steuerabzug für die Zeit vom 25. Juni bis 31. Juli berechnen hätte, wenn die neuen Bestimmungen schon von Anfang an Geltung gehabt hätten. Ergibt sich bei der neuen Berechnung ein kleinerer Betrag als tatsächlich in diesen 5 Wochen beim Einzelnen abgezogen worden ist, dann soll der bisherige Zuvielabzug auf die künftigen Abzüge angerechnet werden. Da aber teils wegen Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen, teils wegen des Widerstands gegen den Lohnabzug nicht immer schon vom 25. Juni ab der Steuerabzug vorgenommen wurde, wird für die Zeit vom 25. Juni bis 31. Juli bei Zugrundelegung der neuen Bestimmungen nur selten zuviel abgezogen worden sein.

Nach den neuen, am 1. August in Kraft tretenden Bestimmungen, wird der Abzug nur noch an den Lohn- und Gehaltsbeträgen vorgenommen, die für den einzelnen Arbeitnehmer täglich 5 Mk., oder wöchentlich 30 Mk., oder monatlich 125 Mk. übersteigen. Der abzugsfreie Betrag erhöht sich für jede zum Haushalt des Arbeitnehmers zählende Person (Ehefrau und minderjährige Kinder) um 1.50 Mk. täglich oder 10 Mk. wöchentlich oder 40 Mk. monatlich, andererseits erhöht sich der Steuerabzug für die größeren Einkommen. Er beträgt beispielsweise bei einem Jahreseinkommen von 15 000—30 000 Mk. 15 Prozent jeder einzelnen Zahlung, bei einem solchen von 30 000—50 000 Mk. 20 Prozent u. s. f. und steigt bei einem Jahreseinkommen von 40 000 bis auf 50 Prozent.

Durch diese ergänzende Regelung des Steuerabzugs sind die bisher beklagten Härten und Ungleichheiten beseitigt und damit die Gründe für den vielfach beobachteten Widerstand gegen den Steuerabzug weggefallen. Der Steuerabzug muß von jetzt an allgemein und gleichmäßig durchgeführt werden; er bedeutet nicht nur keine Sonderbelastung der Lohn- und Gehaltsempfänger, weil ja Abschlagszahlungen auf die künftige Einkommensteuer in Form des Abzugs vom Lohn oder Gehalt von allen Steuerpflichtigen verlangt werden, sondern in Wahrheit eine erhebliche Erleichterung. Es sollte einleuchten, daß es leichter ist, die Steuer in kleineren Teilbeträgen allmählich zu entrichten, als bei Empfang des Steuerzettels den ganzen Steuerbetrag in kurzer Zeit entrichten zu müssen.

Da die Bestimmungen über den Steuerabzug auf Reichsgesetz beruhen und Ausnahmen im Gesetz nicht vorgesehen sind, sind weder die Finanzämter, noch das Landesfinanzamt in der Lage, die gesetzlichen Bestimmungen abzuändern oder Ausnahmen zu bewilligen. Befreiungsgesuche und dergleichen sind daher zwecklos und schon aus Rücksicht auf die überlasteten Steuerbehörden zu unterlassen. Eine Bescheidung in jedem einzelnen Fall wäre aus Mangel an Zeit sowieso undurchführbar.

Sinzuweisen ist schließlich noch darauf, daß nach § 50 des Einl. Str. Ges. der Arbeitgeber dem Reich für die Durchführung des Steuerabzugs haftet und daß diese Haftung auch für die Zeit vom 25. Juni bis 31. Juli grundsätzlich bestehen geblieben, d. h. durch das Ergänzungsgesetz vom 21. Juli nicht geändert worden ist. Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz werden sofort nach Erscheinen veröffentlicht.

Bolschewistischer Einfall in Deutschland?

Die „Magdeburger Zeitung“ meldet: Zu der Zeit vom 22. zum 23. Juli brachte ein Kurier ein Exemplar einer Abereinkunft, die in Weimar am 17. Juli zwischen dem Abgeordneten der Sowjetregierung, Zofke, und dem dem Vorsitzenden der S.U.P.D., Dillenberg, und Dr.

Levi abgeschlossen war, nach Magdeburg. In dem Vertrag heißt es u. a.:

Nach Ueberstreichung der Grenze durch die Sowjetruppen wird sofort die bolschewistische Republik ausgerufen, doreerst in Königsberg, Tilsit, Danzig, Breslau, Stettin, Frankfurt-Oder, Ratibor, Gleiwitz, Köslin, Stralsund. Diese Städte und das dazwischen liegende Gebiet dienen als Operationsbasis und Versorgungsgebiete der sich sammelnden deutschen roten Armee, die unter russisches Kommando gestellt wird. Oberkommandierender ist General Jantschew. In diesem Gebiet treten sofort folgende Maßnahmen in Wirksamkeit:

1. Verwaltung und Polizei. Es werden alle Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten und Landräte, die nicht Mehrheitssozialisten sind, ihres Amtes entsetzt. Mehrheitssozialistische Beamte vordiehend aufgeführter Kategorien erhalten je einen Kommunisten und einen Unabhängigen als Beirat. Für die abgesetzten Beamten werden vorläufig Stellvertreter ernannt, die von dem Großen Rat, der im Ständehaus zusammentritt, bestätigt werden müssen. Mittlere oder höhere Beamte, soweit sie aktive oder Reservoffiziere sind, sind zu entlassen.

2. Justiz. Die Revolutionstribunale treten als Volksgereichte in Wirksamkeit. Abgeurteilt werden zuerst politische Verbrechen. Die Richter sind sofort auf die Sowjetregierung zu vereidigen.

3. Kommunale Behörden. In den Städten sind sofort Bürgerversammlungen einzusetzen. Die Magistrate werden sofort durch Kommissionen der in den Orten befindlichen kommunistischen und unabhängigen Truppen überwacht werden.

4. Wirtschaftliches. Sämtliche Industrie- und Gewerbebetriebe gehen sofort ohne Gewalt in den Besitz des Staats über. Kriegswirtschaftlich wichtige Betriebe unterstehen den militärischen Gruppenkommandos, die sich vorläufig aus Russen und Deutschen zusammensetzen. Die Zwangswirtschaft wird aufgehoben. Bäckereien, Fleischerereien und Konsumvereine werden Staatsbetriebe. Lebensmittel jeder Art gelten als beschlagnahmt für Zivil- und Militär-Lebensmittelausschüsse werden aus der polnischen Erde entnommen, die zu zwei Dritteln nach Deutschland geschafft werden.

5. Öffentliche Sicherheit. Den Sicherheitsdienst übernehmen mit der Polizei kommunistische Ordnungstruppen, die aus Leuten der deutschen Bataillone der roten Armee bestehen, die bereits in Rußland bei der roten Armee gekämpft haben. Der Nachrichtenendienst wird aufgehoben. Er ist neu zu organisieren und untersteht Regierungskommissaren, die für ihre Tätigkeit dem Großen Rat persönlich verantwortlich sind. Die rote Armee beschützt das Proletariat vor Ausbeutung durch das Unternehmertum und sammelt um sich alle freierwilligen geistigen Arbeiter, die zwangsweise zu Arbeiterbataillonen zusammengestellt werden. Sie sorgt für Ruhe und Ordnung und schützt das Eigentum des Proletariats. Sie schlägt die Beschlusskommissionen des Staats und der Gemeinden. Mit Waffengewalt rettet sie alles vor sich aus, was sich dem Proletariat entgegenstellt.

Die halbamtliche „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bestätigt im wesentlichen die Angaben der „Magdeburger Zeitung“ mit der Einschränkung, daß „nur“ eine Besprechung Levis und Dillbergs mit Zofke in dem erwähnten Sinne stattgefunden habe. Es sei durchgesichert, daß von einem Einmarsch bolschewistischer Truppen abgesehen werden solle, da Deutschland ohnehin dem Bolschewismus verfallen sei.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. Juli.

Schluß. Ansprache über die Regierungserklärung zu der Konferenz in Spa.

Abg. Frau Sender (U.S.P.): Das Wort von Deutschlands Verfallung ist nur Gerede. Die Sozialisierung der Kohlengebiete soll den Arbeitern die Gewissheit geben, daß sie nicht privatrechtlichen Interessen dienen.

Abg. Herzog (D.Nat.V.): Die deutsche Abordnung sei gewissermaßen noch in Spa geblieben, habe sich aber rasch abgehoben. Man habe nur unter dem Eindruck der Kabinette gehandelt. Warum war man auf die Gefahr des Einmarsches nicht vorbereitet? Wenigstens die Minister aus dem alten Kabinett müßten es wissen. (Großer Lärm.) Aber es wurde nichts gemacht, wozu im Fall des Einmarsches ein Rechtsrat vorgelagert, der aus in den Augen der Welt zu gute gekommen wäre. Jedenfalls ist die Unterzeichnung keine nationale Tat gewesen. Von einem Mißtrauen gegen die Regierung könne keine Rede sein, nach außen hin müßten die Deutschen alle einig sein. Aber die Hoffnungen des Reichskanzlers könne er und seine Partei nicht teilen. Erst und die Lösung der Disfranchierung ständen noch bevor. Daher müßten wir der Regierung heute den Rücken stärken.

Minister Dr. Heinke: Das Volk zum nationalen Widerstand aufzurufen, hätte die Regierung nicht verantworten können und wird es auch in Zukunft nicht tun.

Minister Dr. Simons: Wir haben die Verschlechterung der Friedensbedingungen nicht angenommen; sondern wir haben dagegen angekämpft. Gegenüber den Abg. Störfemann und Müller (Franken) stellt der Minister seine Ausführungen über den Bolschewismus richtig. Auch aus der Höhe werden neue Reime aufspringen. Rußland gegenüber müssen wir die Verhältnisse nehmen wie sie sind.

Abg. Schuch (D.Vp.) spricht seine Freude über die versöhnliche Haltung der bayerischen Regierung in der Gefandtenfrage aus. Sollen die Gefandten sich in die Politik einmischen, so sei er überzeugt, daß der gesunde bayerische Menschenverstand ihnen bald begründlich machen werde, sie seien nur lästige Ausländer. Die Trennungsgelüste des Herrn Müllers werden keinen Erfolg haben. Die Gefandten Bayerns würden sich im Grab umdrehen, wenn sie hörten, daß sie ihr Blut für einen neuen Rheinbund vergossen haben.

Der Antrag der Deutschnationalen, der der Regierung das Votum über ihre Unterzeichnung auspricht, wird abgelehnt. Der Antrag der Mehrheitspartei, der die Gefandten der Regierung für ihr Verhalten in Spa billigt, wird gegen die Deutschnationalen und die Unabhängigen angenommen.

Die Unabhängigen haben einen Antrag auf sofortige Sozialisierung der Reichskreditkassen eingebracht.

Minister Dr. Simons findet den Antrag, so sympathisch er der Regierung sei, zur Zeit für unbeschäftigt, da er in die Verhandlungen mit dem Verband störend eingreife.

Der Antrag wird abgelehnt.

Es folgt die Interpellation der Mehrheitspartei wegen der Abrechnung des Reichskreditkassen.

Abg. Fleischer (S.) erklärt, nach den ihnen zurzeit etablierten Nachrichten aus Paris habe der Verband die in Frage kommenden fünf Oberen bereits Polen zugesprochen. (Allgemeines Einfluchen.) Das sei eine Verletzung der Verträge und Grund, die Revision des gesamten Friedensvertrags zu verlangen.

Minister Dr. Simons: Es gibt nur eine Lösung, nämlich die Aufteilung des gesamten Gebiets an das Deutsche Reich. Dagegen hat der Oberste Rat die 50-Kilometer-Zone und die fünf Orte an der Weichsel als eine Art Verkleinerung Polens zugesprochen. Der Beschluß verbleibt jetzt des Völkerrichts. Das auswärtige Amt hat alles nur Mögliche getan, um diese Verletzung zu vermeiden. Hätte man von Weichselufer müße gegen diese Verletzung des Völkerrichts.

Abg. Schulz-Drömming (D.Nat.V.) bedauert, daß man erst in so später Stunde zu dem erforderlichen Einspruch gegen die Verletzung komme. Hände weg vom Weichselufer müße die Lösung sein. Die Regierung müsse hier eingreifen und dem Verband klarmachen; hier gibt es kein Diktat.

Abg. Pohlmann (D.Vp.) bedauert, daß das Selbstbestimmungsrecht nicht beachtet werden soll.

Abg. Coerver (D.Vp.) erwartet, daß jeder Deutsche sich für den deutschen Osten einsetzt.

Berlin, 29. Juli.

Zweite Beratung des Antrags betr. die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Radbruch (S.): Das Gesetz soll dazu dienen, einer Justizmacht ein Ende zu bereiten.

Abg. von Galtwitz (D.Nat.V.): Ich muß die Militärgerichtsbarkeit in Schutz nehmen; es handelt sich hier um politische Motive. Sind denn die Bismarckgerichte der Sowjetarmee von Zivilgerichten gekürzt worden? Militärgerichte sind viel besser als ihr Ruf. Als alter Soldat kann ich das besser beurteilen als meine Gegner. Ich hoffe, daß der Baum, an dem die Wespen nagen, noch manche schöne Früchte tragen wird.

Abg. Rosenfeld (U.S.P.): Man sollte es kaum für möglich halten, daß ein Führer aus dem kühnsten Weltkrieg sich hinstellt, (stürmische Proteste, allgemeines Durcheinander, Glocke des Präsidenten) sich hinstellt, dessen Worte beweisen, daß er gar keine Ahnung hat, von den furchtbaren Strafen des blutüberladenen, (schallende Heiterkeit. Die weiteren Worte des Redners gehen im Lärm, in den fortwährenden Unterbrechungen unter).

Abg. Dr. Bell (S.): Angesichts der veränderten militärischen Verhältnisse ist meine Partei der Ansicht, daß jetzt die bürgerliche Gerichtsbarkeit notwendig ist.

Abg. Brünninhaus (D.Vp.): Rosenfeld hat der „Kasse der Offiziere“ die Schuld an allem gegeben. Namens der 10 000 Offiziere, die der grüne Kasten deckt, erhebe ich gegen die Beschimpfung Einspruch. Nicht 10 Jahre werden vergehen, bis das deutsche Volk die Elemente, die uns in das Unglück der Revolution gestürzt haben, verdrängt wird. Die Aufhebung der Militärgerichte ist ein schwerer Fehler. Ich bitte, dafür zu sorgen, daß die 100 000 Mann Reichswehr, die jetzt zur Entlassung kommen, ein Unterkommen finden.

Reichswehrminister Gessler: Ich sehe in dem Entwurf die Einführung eines in Weimar gegebenen Versprechens und erkläre die Annahme durch die Regierung.

§ 1 bis 8 werden angenommen. Zu § 9 beantragen die Unabhängigen ein Verbot des Waffengebrauchs bei Verhaftungen.

Ein Antrag der Unabhängigen auf Schließverbot für Soldaten wird mit 192 gegen 142 Stimmen abgelehnt.

Neues vom Tage.

Ernennung.

Berlin, 29. Juli. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Vermes, ist zum preussischen Staatskommissar für Volksernährung und der Landrat a. D. Geh. Reg. Rat Dr. Sagedorn zu seinem hiesigen Vertreter in diesem Amt mit dem Titel Staatssekretär ernannt worden.

Gerichtsreformen.

Berlin, 29. Juli. Dem Reichstag werden nach dem „Berl. Tagebl.“ verschiedene Gerichtsgesetze in nächster Zeit zugehen. Eines derselben sieht vor, daß bei der Aburteilung von Straftaten in erster und zweiter Gerichtsinstanz auch Nichtjuristen zugezogen werden. Ein weiteres Gesetz bezweckt die Beschleunigung und Vereinfachung der Zivilrechtsverfahren. Endlich wird ein Gesetz über die Arbeitsgerichte vorgelegt werden.

Die neue Regierung in Mecklenburg.

Schwerin (Mecklenburg), 29. Juli. Bei der gestrigen Wahl des Ministeriums in Mecklenburg-Schwerin wurde zum Ministerpräsidenten Professor Dr. Reinde (Deutschnational) mit 28 Stimmen gewählt. 32 weiße Stimmzettel wurden abgegeben. Als Minister wurden gewählt: Amtsgerichtsrat Eruthropel zum Minister des Innern, Fabrikdirektor Dettmann-Güstrow zum Finanzminister, Oberlandesgerichtsrat Walpert Schmidt-Roskopf zum Justizminister, Defonomierat Steinmann-Hof Calchow bei Plaue zum Landwirtschaftsminister, Professor Dr. Reinde zum Unterrichtsminister.

Geschickerte Regierungsbildung in Thüringen.

Weimar, 29. Juli. Die Weimarer „Tageszeitung“ meldet: Die Regierungsbildung in Thüringen ist gescheitert. Nachdem die Reichssozialisten erklärt haben, sich nicht an einer Regierung beteiligen zu wollen, in welcher der Landbund, die Deutsch-Nationalen und die Deutsche Volkspartei vertreten seien, bestand nur noch die Möglichkeit, aus diesen drei Gruppen und den Demokraten eine Regierung zu bilden, die allerdings mit nur einer Stimme Mehrheit hätte rechnen, aber doch wenigstens vorläufig die Geschäfte hätte führen können. Die Demokraten aber konnten sich nicht entschließen, an einer solchen Regierung teilzunehmen.

Die Unruhen in Posen.

Mejeritz, 29. Juli. Die Unruhen in mehreren kleineren Ortschaften bei Neutomischel gegen die Polen sind durch polnische Agenten und Vorkipfel hervorgerufen worden. Polnisches Militär verhaftete etwa 150 Deutsche, die unter schwersten Mißhandlungen nach der Festung Posen gebracht wurden, um dort wegen Landesverrats abgeurteilt zu werden.

Die Abstimmungsgebiete deutsch.

Paris, 29. Juli. Der Vorkommissar (die Fortsetzung der Friedenskonferenz) hat nach dem „Temps“ die Gebiete Allenstein und Marienwerder auf Grund des Abstimmungsresultates Deutschland zugesprochen. Die Grenzfestsetzungskommission soll jedoch befugt sein, Polen die Beaufsichtigung des Weichselluffes auf dessen rechtem Ufer zu übertragen. (Dadurch wird die erste Hälfte des Beschlusses zum Teil wieder aufgehoben.)

Rundgebung für die Verbrüderung mit dem Bolschewismus.

Bremen, 29. Juli. Gestern nachmittag veranstalteten die Unabhängigen und Kommunisten Rundgebungen für einen Anschluß an Sowjetrußland. Die Rundgebung schloß mit einem Hoch auf die Weltrevolution.

Die Versicherungen der Bolschewisten.

Berlin, 29. Juli. Der „Berl. Lokalanzeiger“ erfährt aus Stockholm, der Beauftragte für Auswärtiges in Moskau, Tschitscherin, habe den Vertreter der Sowjetregierung in Berlin, Viktor Kopp, erneut angewiesen, dort die Versicherung abzugeben, daß auf Seiten der Moskauer Regierung keine feindlichen Absichten oder Eroberungspläne gegen Deutschland bestehen; sie sei nur von freundschaftlichen Gefühlen befeuert.

Kopenhagen, 29. Juli. Ein Revolver Blatt meldet, maßgebende Persönlichkeiten innerhalb der russischen Sow-

jetregierung haben erklärt, die Sowjetregierung habe niemals die Selbständigkeit der Randstaaten ernst genommen. Es wäre wünschenswert, wenn die baltischen Länder selbst die Frage ihres Anschlusses an Rußland aufwerfen würden. Im entgegengesetzten Falle würden sie dazu gezwungen werden. Die wichtige Frage sei, wann der Weg Rußland durch Estland und Lettland an die Ostsee eröffnen werde.

Kopenhagen, 29. Juli. Die „Berlingske Tidende“ meldet aus Nowo: Die litauischen Besatzungstruppen sind aus Wilna zurückgezogen worden, nur der Kommandant verblieb dort, um die Ausprüche Litauens auf die Zivilverwaltung geltend zu machen. Die Bolschewisten haben dagegen in Wilna und in allen von ihnen besetzten Gebieten Litauens die Räteherrschaft eingeführt, die Fabriken in Besitz genommen und den Befehl gegeben, alle Güterbesitzer zu verhaften. Die Beschlagnahme von Eigentum und die Verfolgung des Bürgeriums ist in vollem Gange. In der litauischen Bevölkerung findet der Bolschewismus nur wenig Anklang. Die Lebensmittel wurden von den Bolschewisten sofort beschlagnahmt und skandalös verprakt, jedoch großer Mangel herrscht, die Preise aller Waren sind unerschwinglich. Der Marsch von vier russischen Heeren durch Wilna dauerte vom 21. bis 25. Juli.

11. November statt 14. Juli.

Paris, 29. Juli. Der Antrag, das Jubiläum der französischen Republik am Tage des Abschlusses des Waffenstillstandes, also am 11. November zu feiern, ist vom Senat angenommen worden.

Ur-Häufel bei einem Arawak.

Höchst a. M., 29. Juli. Die Arbeiter der Höchster Farbwerke veranstalteten heute eine Kundgebung, um Lohnforderungen und Herabsetzung der Arbeitszeit durchzusetzen und gegen den Lohnabzug zu protestieren. Die Menge drang in das Direktionsgebäude ein; ein Direktor wurde schwer mißhandelt. Plötzlich stürzte im Treppenhause das Geländer ein und eine große Anzahl Menschen fiel in die Tiefe. Viele Personen wurden schwer verletzt, ein junger Mann ist bereits gestorben.

Freiburg, 29. Juli. Als Nachfolger des verstorbenen Erzbischofs Dr. Körber wird in der Zentrumspresse der ehemalige Klosterpfarrer in Baden-Baden und jetzige Stadtpfarrer von Reuzingen S. O. Gumbel genannt.

Magdeburg, 29. Juli. Das Oberpräsidium teilt mit, daß die Veröffentlichung der „Magdeburger Zeitung“ über die Bildung eines neuen Heeres falsch ist, soweit die Provinz Sachsen in Frage komme.

Warschau, 29. Juli. (Generalstabsbericht vom 28. Juli.) Am nördlichen Frontabschnitt zogen sich unsere Abteilungen planmäßig auf die Linie Grajewo-Ozlowiec Kamieniec-Piotowski zurück. Das Zentrum der polnischen Truppen geht ohne stärkeren Druck des Feindes zurück, nachdem östliche Angriffe des Gegners an der Lubliner Straße zurückgewiesen worden sind. Der Rückzug erfolgt mit dem linken Flügel nach Westen, um die Verbindung mit den nördlichen Armeen nicht zu verlieren. Südlich der Stachodlinie herrscht Ruhe. Am Styr und am Serech werden sich unsere Gruppen zu einem Angriff umgruppieren.

Kopenhagen, 29. Juni. Einem Warschauer Telegramm zufolge meldet der polnische Heeresbericht: Beim Bruch wurden alle feindlichen Angriffe abgewiesen. Westlich von Lubno zerstörten wir die 45. bolschewistische Infanteriedivision und die 14. Kavalleriedivision. Nördlich von Lutz in der Gegend bei Susl (?) haben wir die 131. Bolschewistische Brigade geschlagen, wobei wir Kanonen, Wagen, viele Maschinengewehre usw. erbeuteten und viele Gefangene machten. Der Feind flüchtete in Unordnung in der Gegend nördlich von Pinsk. Beim Mogilinski wurden vom Feinde heftige Angriffe unternommen.

Französische „Freiheit“.

Paris, 29. Juli. Im Senat erklärte Millerand, Frankreich verfolge in Syrien nicht eine Politik der Ver-

leibung, sondern der Freiheit. (1) Der Senat genehmigte mit 212 gegen 84 Stimmen die von der Regierung für Syrien verlangten Kredite.

Paris, 29. Juli. Die französischen Truppen sind am 23. in Aleppo eingetroffen.

Die Londoner Konferenz.

Paris, 29. Juli. „Petit Journal“ erfährt aus London, man glaube, daß die Sowjetregierung auf die Note der Verbündeten zunächst ausweichend antworten werde, namentlich auf die Forderungen, daß der Friede mit Polen unterzeichnet sein müsse, ehe man die anderen Punkte bespreche und daß die Randstaaten an der Konferenz teilnehmen müssen. Schließlich werden die Vertreter Moskaus aber doch nach London kommen. Die Konferenz werde wohl nicht vor dem 15. September stattfinden und ziemlich lange dauern.

Nowo, 29. Juli. Zwischen der lettischen und der litauischen Regierung wurden Verhandlungen über den gegenseitigen Grenzverkehr und über militärische Fragen eingeleitet, die in Nowo stattfinden. Der Bolschewist Joffe ist mit der Antwort der Moskauer Regierung auf die litauische Note nach Riga zurückgekehrt.

Das „Selbstbestimmungsrecht“.

London, 29. Juli. Im Unterhaus wurde eine Anfrage eingebracht wegen des Widerspruches der Eingeborenen der Kolonie Togo gegen die französische Herrschaft. (Die Einwohner hatten erklärt, daß sie bei Deutschland bleiben wollen, ebenso wie die Dualla in Kamerun. D. Schr.) Der Regierungsvertreter antwortete, es sei nicht möglich, die einmal getroffene Vereinbarung zu ändern. Man habe übrigens im Sommer 1919 bei der Verteilung der feindlichen Gebiete die „größte Rücksicht“ auf Artikel 22 der Völkerbundsatzung (Selbstbestimmungsrecht der Völker) genommen. (1)

London, 29. Juli. Reuter erfährt, daß der König von Belgien seinen Vertreter bei der Friedenskonferenz zurückgezogen hat.

Paris, 28. Juli. (Havas.) Lloyd George und Millerand haben den englischen Oberkommissar in Danzig (Zowar) angewiesen, zu verhindern, daß die Munitionsendungen für Polen durch streikende Hafenarbeiter unangeführt bleiben. Die britischen und italienischen Truppen, die aus den Abstimmungsgebieten Allenstein und Marienwerder zurückgezogen werden sollten, haben auf den Bericht des Marschalls Foch hin den Befehl erhalten, zu bleiben.

Rom, 28. Juli. Die italienische Regierung hat das Abkommen ihres Vertreters mit den Albanern über Balona nicht anerkannt.

Die teure Besatzung.

Berlin, 29. Juli. Im Hauptauschuß des Reichstags wurde mitgeteilt, daß die feindliche Besatzung des Rheingebiets 150 000 Mann stark sei. Dazu kommen sogenannte „Delegierte des Rheinlands“, 94 an der Zahl, mit ihrem nicht geringen Lohn und außerdem der „Hohe Ausschuss“, für welchen letzteren allein 20 Millionen Mark aus der Reichskasse aufzubringen sind. Bis Ende April 1920 sind für diese Fremden in bar 1783 Millionen Mark und an Lebensmitteln und sonstigen unentgeltlichen Leistungen 1566 Millionen, zusammen 3349 Millionen Mark aufzubringen gewesen. Die Ansprüche an Wohnungen und deren Ausstattungen sind sehr hoch. So verlangte der Herr Delegierte der Rheinlandkommission eine Behausung mit 28 000 Mark für die Ausstattung, Frau Gemahlin stellte noch weitere Forderungen.

Die Bauernbewegung in Oberhessen.

Gießen, 29. Juli. Auf einer Zusammenkunft von etwa 8000 Bauern aus allen Teilen Oberhessens wurde eine Entschließung angenommen, die die sofortige Auflösung der Volkskammer und die Vornahme von Neuwahlen verlangt. In einer zweiten Entschließung heißt es: Der oberhessische Bauer ist sich seiner wichtigen Aufgabe der Volksernährung voll bewusst, aber er fordert Befreiung der Zwangswirtschaft. Wir sind bereit, die Versorgung der Stadt sicherzustellen. Die Druschprämie lehnen wir ab, fordern vielmehr eine gleichmäßige Bezah-

Wessen Bild trägst du im Herzen?

Roman von Erich Ebbend ein.

26. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Magelone wandte sich ihm rasch zu. In ihren Augen glitzerte noch ein Strahl innerer Erregung.

„Wer? Meine Hofdame Gräfin Lampelius! Man wiederholte mir eine abfällige Bemerkung, die offenbar von Leuten ausging, die sie gar nicht kennen. Ich aber behaupte, obwohl ich sie erst kurze Zeit kenne, sie hat das beste Herz der Welt und einen edlen, durchaus lauteren Charakter! Augen wie die ihren! Augen nicht!“

E. indenlanges Schweigen folgte diesen Worten. Der Prinz warf der Reusefiden, die übrigens blankste Harmoniosigkeit zur Schau trug, einen zornigen Blick zu. Dann zog er die Hand seiner Gemahlin an die Lippen.

„Du bist wie immer ein Engel, Magelone! Gütig und gerecht nach Art wahrhaft guter Frauen!“

„Du bist also meiner Ansicht, Egon?“

„Gewiß! Man sollte mindestens vorichtig sein mit derlei Bemerkungen, die der Ehre des Nächsten nahe treten!“

Wieder glitzerte sein Blick zu der Hofdame hinüber, die den ihren taubenhast laust senkte.

„Und Sie, Baron?“ wandte sich Magelone an ihren Gast. „Man sagte mir, Sie kennen die Gräfin gleichfalls. Sind Sie auch meiner Meinung?“

Es klang eine ganz leise Herausforderung in der Frage mit. Denn ein Mädchen der Saat war doch in ihrem Innern hofen geblieben: ein unklarer Reiz über Rosen-schwert, der seinen Reizen zu gut hielt für ihre Hofdame, bloß weil diese arm war und eine Mutter besaß, die als Verschwenderin galt.

Aber dieser Reiz verschwand jäh wie Schnee in der Sonne, als sie nun in dies ernste edelgeschmiedete Antlitz

blickte, in Augen, die unter buschigen weißen Brauen ihr so warm entgegenleuchteten.

„Ich sage, Hoheit: Gott erhalte Ihnen ewig diesen schönen Glauben an andere Menschen, selbst wenn er Sie hin und wieder betrügen würde! Es kommt ja im Leben nicht so sehr darauf an, wie die Dinge sind, als wie wir sie sehen und uns zu ihnen stellen!“

„Das ist aber eigentlich keine Antwort auf meine Frage, lieber Baron!“

„Nicht? Dann müssen Hoheit mir verzeihen, wenn ich keine bessere weiß! Ich kenne die Gräfin Lampelius viel zu wenig genau, um mir ein Urteil über ihren Charakter zu erlauben!“

Sein Ton war kühl und zurückhaltend. Magelone fühlte: die Reusefiden hatte recht, er mag Lore nicht, will es aber weder zugeben, noch direkt bestreiten. Sie konnte ihm nicht zürnen deshalb. Denn sie schätzte Ehrlichkeit vor allem. Aber in ihren Herzen nahm sie nun erst recht lebhaft Partei für das schöne Mädchen, dem ihrer Ueberzeugung nach bitter unrecht geschah.

Uebrigens war Lore Lampelius bald vergessen. Der Prinz brachte das Gespräch auf andere Gegenstände. Man sprach von Reugebungen und Heibhausen, dem Krieg und fremden Ländern, die Rosen-schwert bereits hatte und von deren Kunstschätzen und ethnographischen Verhältnissen er sehr anregend zu erzählen wußte.

Magelone, die wie gebannt zuhörte, begriff sehr bald, was ihren Gemahl an den so viel älteren Freund festsetzte. Nicht dessen Klugheit und imponierendes Wissen war es, sondern die schlichte klare Art seines ganzen Wesens, die bei aller Schärfe des Denkens doch stets mild, gerecht und ver-siehend blieb, auch da, wo das eigene Gefühl mißbilligte.

Wie ein Zauber ging es von dem alten Herren aus. Ein Zauber, der geheimnisvoll fäden um die Seelen anderer spannt und dem man sich gern gefangen gab...

Von allen Menschen, die Magelone bisher in der neuen Heimat kennen gelernt hatte, schien ihr Rosen-schwert der bedeutendste und sympathischste, denn an ihm war alles Harmonie. Von allen Abenden, die sie bisher erlebte, war dieser entschieden der genussreichste.

Die Stunden vergingen wie im Flug. Als der Baron nach Mitternacht zum Aufbruch mahnte, hatte man für den nächsten Tag einen gemeinsamen Besuch des prinzipalen Baars auf Neugebungen verabredet und Magelone schlüpfte ihrem Gemahl zu: „Ich freue mich sehr darauf und danke dir herzlich, daß du mir deinen Freund heute bringst! Ich wollte, ich dürfte die dritte in eurem Bunde sein.“

Der Prinz brüdete ihr die Hand und lächelte.

„Ich glaube, das bist du schon nach dem, was ich in seinen Augen las! Sicherlich hast du von heute an keinen wahreren, besseren Freund als Papa Rosen-schwert!“

Noch eines hatte dieser Abend Magelone gebracht: Das süße Gefühl, daß ihre Gatte stolz auf sie war und sich wohl in ihrer Nähe fühlte.

Zum erstenmal war die sprunghafte Unruhe aus seinem Wesen gewichen, die sie immer gequält hatte.

XI.

Die persönlichen Angelegenheiten, zu deren Ordnung Rittmeister v. Breba sich für den Abend frei gemacht hatte, bestanden ausschließlich in dem Wunsch, eine Aussprache mit Lore Lampelius herbeizuführen.

Der Blick, mit dem sie sich zuletzt von ihm getrennt, dieser zugleich stolz entrüstete und in geheimem Weh erzitternde Blick verfolgte ihn Tag und Nacht. Hatte er ihr doch unrecht getan?

In die Nacht von Bitterkeit und Schmerz, die seine Seele seit langer Zeit umgab, suchte der Schein eines winzigen Hoffnungslämmchens. Ihm war, als könne er nun unmöglich ins Feld ziehen, ehe er nicht von ihren eigenen Lippen

Schenkengeld an der badisch-württembergischen Grenze ist tatsächlich im Besitz einer österreichisch-ungarischen Plakbatterie, die nach Erklärung des dortigen Bürgermeisters feinerzeit beim Durchzug ungarischer Truppen von der Gemeinde als Pfand zurückbehalten wurde, da die Truppe die angeforderten Lebensmittel und Vieh nicht bezahlen konnte. Der Befehlshaber der ungarischen Abteilung hat die Geschütze der Gemeinde ohne weiteres überlassen, die beabsichtigt, das Metall einer Glockengießerei zur Herstellung neuer Kirchenglocken zu übergeben, deren sie dringend bedürftig ist. Dieser Tatbestand ist der genannten Zeitung zufolge in Schenkengeld selber von französischen Truppen festgestellt worden.

Wahrscheinungen. In Italien ist ein Rückgang des Kurses der Staatspapiere und der Valuta durch eine Währungsänderung hervorgerufen worden. Die Untersuchung hat festgestellt, daß eine Mailänder Bank auf einmal für 30 Millionen Lire Staatspapiere zum Verkauf auf den Markt warf. Auch eine andere Bank hat große Beträge abgestoßen. Die Banken stehen mit großen Industriewerken in Verbindung. Die Untersuchungsbehörde erhebt die Anklage, daß der Verkauf der Papiere eine Senkung der Valuta bezweckt habe, um die Ausfuhr von Industriewerken zu erleichtern. Die Banken behaupten, sie haben zur Beschaffung von Rohmaterial und für Neubauten große Beträge von Bargeld nötig gehabt.

Russisches Getreide. In Savona (Italien) ist am 27. Juli der erste Dampfer mit russischem Getreide eingetroffen. Das Schiff wurde festlich begrüßt.

Ein blinder Landwirt. Wenige Menschen haben wohl einen ihnen von der Natur auferlegten Mangel so erfolgreich bekämpft, wie der englische Landwirt Ernest Schrier, der von Geburt an blind ist und doch in seiner landwirtschaftlichen Tätigkeit Hervorragendes leistet. Bevor er sich ein staatliches Landgut von 1000 Acres erwarb, war er Musiker in London. Vor zwanzig Jahren aber wandte er sein ganzes Interesse der Landwirtschaft zu und hat aus eigener Kraft aus seinem Besitz ein Mustergut entwickelt. Er besitzt eine zahlreiche Viehzucht und beaufsichtigt, obwohl ihm das Augenlicht fehlt, den ganzen Betrieb selbst. Seine Kenntnisse hat er sich in mühsamer Erfahrung erworben. In der Beurteilung des Viehs ist er ein solcher Sachkennner geworden, daß man ihn weit und breit in der Umgegend um Rat fragt. Wenn er das Gebiß eines Pferdes anfählt, kann er sein Alter genau angeben, und ebenso besitzt er für die Beurteilung des Rindviehs bestimmte Anhaltspunkte. Er kennt jeden Zoll seines Gutes und gibt über den Stand einer Wiese ausführliche Auskunft, indem er die Höhe des Grases mit dem Fuße mißt. Die Qualität und das Wachstum des Korns schätzt er durch Fühlen mit der Hand ab. Man erzählt von ihm, daß er einmal weiltete, wenn man drei Pferde, zwei Braune und ein graues, in verschiedene Ställe führe, so würde er das graue herausfinden, und dies gelang ihm durch die Feinheit seines Tastsinns.

lokales.

Die Fleischtaxe kommt in Württemberg und Hohenzollern mit Wirkung vom 16. August ab in Wegfall. Der Fleischverkauf wird dann nur noch durch die Kundenliste geregelt.

Arbeitskräfte fürs Land. Besondere Bestimmungen des württembergischen Arbeitsministeriums ordnen an, daß die Landwirte jede offene Arbeitsstelle sofort einem nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweis (Arbeitsamt) anzumelden haben. Die Arbeitgeber außerhalb der Land- und Forstwirtschaft dürfen Arbeitskräfte, die bei Ausbruch oder während des Krieges in der Land- und Forstwirtschaft tätig gewesen sind, bei Strafandrohung nicht einstellen, es sei denn, daß die in Frage kommenden Arbeitskräfte zur landwirtschaftlichen Arbeit nicht mehr tauglich sind. Die seither in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter werden, wenn sie inzwischen andere Arbeitsstellen angenommen haben, dringend aufgefordert, zur landwirtschaftlichen Arbeit zurückzukehren, in welchem Fall ihnen weitgehende Vergünstigungen eingeräumt werden, wie Fahrpreisermäßigung, Fortzahlung der Familienzuschläge aus der Erwerbslosenfürsorge usw.

Warnung vor Soldatenwerbem. Das Reichswehrministerium gibt in einem Befehl an die Reichswehr bekannt, daß gegenwärtig in den Reihen der Reichswehr von verschiedenen Organisationen militärische Werbungen betrieben werden und zwar sowohl zur Bekämpfung des Bolschewismus an den Ostgrenzen, als auch für den Bolschewismus. Die Geworbenen sollen sich an weit entlegenen Orten versammeln. Wenn den Getauften dann die Mittel ausgehen und sie nicht mehr heimreisen können, so wird ihnen eröffnet, sie müssen in das bolschewistische Meer eintreten und mit ihm den Kapitalismus aller Völker bekämpfen. Das Reichswehrministerium warnt vor diesen Werbungen. Werber und Angeworbene machen sich der Gesetzesübertretung gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 schuldig, sie sind also strafbar.

Nur und deutlich erfahren hatte, wie sich alles verhielt. Seit er jenen unheimlichen Brief im Auftrag des Prinzen kurz vor dessen Verlobung überbrachte, war er nicht bei Lampen gewesen.

Bis dahin hatte er trotz allen Klatsches felsenfest an sie geglaubt. Nochte der Prinz ihr zehnmal Aufmerksamkeiten erweisen, sie selbst wollte davon nichts wissen. Ihr Herz gehörte ihm und träumte gleich dem seinen von jener beschriebenen, aber doch so unbeschreiblich süßen Zukunft, die sie gemeinsam erringen wollten.

(Fortsetzung folgt.)

Gmünd, 29. Juli. (Vom Kommunalverband.) Der letztjährige Rechnungsabschluss des Kommunalverbands Gmünd ergab infolge der übernommenen Lebensmittelverbilligung einen Verlust von 91 Mk. Die durch die Verbilligungsaktion entstandenen Kosten werden vom Reich getragen.

Heidenheim, 29. Juli. (Billige Bekleidungsstücke.) Die vereinigten Gewerkschaften geben an Mitglieder Schuhe und Textilwaren zu Selbstkosten an. Herrenschuhe kommen auf 130—180 Mk., Hosen mit Einjaz auf 41 Mark das Stück.

Ulm, 29. Juli. (Schweizer Lebensmittelhilfe.) Wie aus St. Gallen gemeldet wird, hat der dortige Stadtrat bereit erklärt, der Stadt Ulm wertige Lebensmittel zu übersenden und gleichzeitig Kaufpreis zu stunden.

Ulm, 29. Juli. (Mord.) Auf der unteren Ulm ist ein 9-jähriger Knabe ermordet aufgefunden worden.

Mottenburg, 29. Juli. (Zum Tode des Erzbischofs Dr. Hörber.) Den Beisetzungsfeierlichkeiten des Erzbischofs Hörber in Freiburger Münster am nächsten Dienstag wird Bischof D. von Keppeler persönlich teilnehmen.

Balingen, 29. Juli. (Die Preisverteuerer.) Der letzten Gemeinderatsitzung wurde mitgeteilt, von einer ausländischen Firma sei dem Kommunalverband Teilnahme einwandfreies Schweinefleisch zu 10 Mk. das Pfund angeboten worden, die Einfuhr sei aber nicht bewilligt worden, vielmehr müßten die Kommunalverbände von den Kriegsgesellschaften für Dole und Fette Margarine zu 10,70 und Auslandsschweinefleisch zu 17,15 Mk. das Pfund abnehmen. Der Gemeinderat brachte den Fall dem nährungsministerium zur Kenntnis mit dem Verlangen, auf eine baldige Beilegung der verteuerten Kriegsgesellschaften hinzuwirken.

Es ist beabsichtigt, die zurzeit noch vom städt. Lebensmittelamt unmittelbar ausgegebenen Waren künftig wieder dem Kleinhandel zu übergeben und das städt. Lebensmittelamt, sobald dies der Abbau der Zwangswirtschaft gestattet, möglichst ganz aufzulösen.

Tailfingen, 29. Juli. (Einbruch.) In der Nacht zum Donnerstag wurden im Fabrikgebäude der Firma J. Mante & Söhne 20 Tugend Hemden gestohlen.

Schramberg, 29. Juli. Bei einer von der Schramberger Arbeiterchaft veranstalteten Lebensmittel demonstration zog auch eine große Anzahl Arbeiter zu einem in der Nähe der Stadt wohnenden Landwirt, von dem bekannt war, daß er der nach Schramberg zu liefernden Kindermilch regelmäßig Wasser zusetzte. Nachdem die Leute dem Gärtnere das Verwehlen seines Tuns zu Gehör gebracht hatten, wurde er gezwungen, seine Schuld laut zu bekennen und das Versprechen abzugeben, niemals mehr Milch wässern zu wollen. Dann wurde er durchgebüßt und in den Brunnen eingetaucht. Das gleiche Schicksal widerfuhr auch der Bäuerin, da sie sich selber unter Betörung der Anschuld ihres Mannes zu dem verwerflichen Vergehen bekannt hatte.

Vorbachzimmern O.A. Mergentheim, 29. Juni. (Stiftung.) G. Ebert in Stuttgart, ein Sohn unseres Dorfs, stellte für die Anschaffung einer neuen Orgel 100 000 Mk. zur Verfügung. Die Ausführung wurde der Orgelbauanstalt Schäfer-Creglingen übertragen.

Mutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck leistet Widerstand. Am Samstag und Sonntag ist nachts kühl, tagsüber wieder wärmeres und vorherrschend trockenes Wetter zu erwarten.

Baden.

Pforzheim, 29. Juli. In der Schmutzwaren-Industrie hat eine neue Lohnbewegung eingesetzt. Die Arbeiter fordern die 46 stündige Arbeitswoche und Erhöhung des Stundenlohns um 20 Pfg., die Fabrikanten halten an der 48 stündigen Arbeitswoche fest.

Mannheim, 29. Juli. Einen gewagten Sprung von dem mittleren Pfeiler der Friedrichsbrücke in den Neckar unternahm unter großer Aufregung der Zuschauer ein junger Mann, der glücklich im Wasser wieder an die Oberfläche kam und mittels Nagen an das Land gebracht wurde. Es handelte sich um die Austragung einer Wette über 1000 Mk., die sich der leichtsinnige junge Mann verdienen zu müssen glaubte. Er wurde ordentlich zusammengefaßt, aus Ohr und Nase trat Blut hervor. Die Wette hat er freilich gewonnen.

Heidelberg, 29. Juli. In der Nacht zum Montag wurde in die Räumlichkeiten der Färberei Grün eingebrochen und Herren- und Damenkleider im Wert von 33 000 Mk. gestohlen. Es handelt sich um Kleider, die zum Reinigen oder Färben bestimmt waren.

Schopfheim, 29. Juli. Der Kommunalverbandsausschuß beschloß sofort eine Besserung des Brots herbeizuführen und das Brot nur noch mit 20 Prozent, statt bisher 30 Prozent zu strecken. Mais soll nicht mehr zum Brotbacken verwendet werden.

zum Ehrenkreuz, der Strohbock und das Strohbockkreuz vom Orden des Röhrling Löwen.
In der medizinischen Klinik konnte die Oberin, Schwester Kandida, ihr Goldenes Dienstjubiläum feiern.

Freiburg, 29. Juli. Ein Angestellter des städtischen Mieselguts, ein gewisser Böggle, führte seit längerer Zeit in den Lohnlisten fingierte Namen von Arbeitern. Durch dieses betrügerische Gebahren ist die Stadtkasse um über 100 000 Mk. geschädigt worden.

„Ersatz für Kohle.“

Durch das Kohlenabkommen von Spa ist Deutschland in eine äußerst schwierige Lage in bezug auf die Kohlenbeschaffung gedrängt worden. Kein Wunder, daß alle Kreise nach einem Ausweg suchen. Unabhängig von den Versuchen, die Kohlenförderung zu steigern, hofft man von der Wissenschaft auf einen Ersatz für Kohle. Es ist dem Menschen ja im Laufe der Zeit gelungen, eine ganze Reihe von Kraftquellen, die in der Natur gebunden ruhen, frei zu machen und für industrielle oder technische Zwecke als Arbeitskraft zu gewinnen. Die verblüffendste Errungenschaft in der Wissenschaft in den letzten zwei Jahrzehnten ist die Entdeckung des Radiums und die Auffindung verschiedener radioaktiver Mineralien. Diese Stoffe haben die Eigenschaft, sich langsam zu zerlegen und bei der Zerlegung Energie in Form von Strahlung von sich zu geben. Es ist nur natürlich, daß bei der Suche nach einem Kohle-Ersatz auch an dieses Gebiet der Wissenschaft gedacht wird.

Unter der sensationellen Überschrift: „1 Gramm Materie = 3000 Tonnen Kohle“ veröffentlicht Hans Dominik im „Berliner Tageblatt“ Ausführungen, die auf den ersten Blick den Anschein erwecken, als ob es bereits gelungen sei, durch Auffindung neuer Energiequellen die fehlende Kraft der Kohle zu ersetzen. In Wirklichkeit handelt es sich um Laboratoriumsversuche in der Röntgenröhre, die zuerst der englische Gelehrte Rutherford vorgenommen hat und die auf die Zertrümmerung von Atomen hinauslaufen. Die Ergebnisse dieser Versuche, so interessant sie auch sind und so wertvoll für die theoretische Wissenschaft sie werden können, gestatten doch noch nicht die Annahme, daß es nun auf diesem Wege in absehbarer Zeit gelingen werde, durch Zertrümmerung von Atomen praktisch verwertbare Kraftquellen frei zu machen.

Bei seinen Versuchen hat Rutherford Sauerstoffgas in die Kathodenröhre gebracht und dieses Gas dann mit Kathodenstrahlen, die mit großer Geschwindigkeit fliegende Elektronen sind, durchleuchtet. Es ist so theoretisch ein Bombardement von Elektronen auf die Stickstoffatome hervorgerufen worden, durch das ein Teil der Stickstoffatome zertrümmert worden ist. Am Schluß des Versuchs stellte es sich heraus, daß ein Teil des Stickstoffs verschwunden war und daß dafür Wasserstoff und Helium in der Röhre gefunden wurden. Auf ähnliche Weise ist auch die Zertrümmerung des Chloratoms gelungen. Ohne Zweifel eröffnen diese Erfolge des wissenschaftlichen Versuchs einen ungeheuren Ausblick in neue wissenschaftliche Zukunftsmöglichkeiten. Aber daran zu denken, auf diese Weise einen Ersatz für die uns fehlende Kohle zu finden, geht doch viel zu weit. Das „Berliner Tageblatt“ hat über diese Errungenschaft eine Anzahl hervorragender deutscher Gelehrten befragt, die selbstverständlich die ungeheure Bedeutung der Erfolge Rutherfords hervorheben und auch nicht bestreiten, daß durch die Zertrümmerung der Atome riesige Energiequellen frei werden können, aber die meisten von ihnen warnen vor Ueberschätzung der augenblicklichen praktischen Anwendung.

Zigarrenhaus Klag ::: Filiale Wildbad

Wilhelmstraße 130 * gegenüber Gasth. wilder Mann

Neu eröffnet!

Wilhelm Hammer, Geschäftsführer.

Zigarren (eigenes Fabrikat)

* * Zigaretten * *

* * * Tabak * * *



Geflügel- u. Kaninchenzüchter-Verein Wildbad.

Muster von Futter-Käufen und Trögen, aus prima Steingut, sind eingetroffen und können dieselben im Lokal zur alten Linde angesehen und bestellt werden. Die Preise sind je nach Größe und Form zum Selbstkostenpreis berechnet. Der Vorstand.

Viehversicherungsverein Wildbad.

Die jährliche General-Versammlung

findet am Samstag, den 31. Juli 1920 im Gasthof zur "Eisenbahn" (Nebenzimmer) statt. Beginn pünktlich 8 1/2 Uhr abends.

Tagesordnung:

1. Rassenbericht.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Entgegennahme von Anmeldungen zur Weiterversicherung im Rechnungsjahr 1920/21 und zur Neuaufnahme in den Verein.
4. Festsetzung des Jahresbeitrags pro 1920/21.
5. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden gebeten vollständig zu erscheinen. Die dem Verein noch fernstehenden hiesigen Rindviehbesitzer werden im eigensten Interesse aufgefordert, sich zum Eintritt in den Verein anzumelden.

Der Vorstand.

Rom. Chierogato

Wilhelm-Strasse 63.

Obst- und Südfrüchten-Handlung

- ☐ : Täglich frisches Obst : ☐
- ☐ : Sämtliche Südfrüchten : ☐
- ☐ Span. Weine :: Gemüse ☐

100 Mark

Belohnung demjenigen, der mir meine verlorene goldene Kette mit Medaillon wiederbringt, weil liebes Andenken. Abzugeben Pension Eldorado, Kappelberg.

☉ ☉ **Achtung!** ☉ ☉

Wo gehen wir hin am

**Samstag
Sonntag
Montag ?**

Zum Fliegerkarussell

auf dem Windhof.

Zu zahlreichem Besuch laden ein
der Besitzer.

Anfang nächster Woche treffen wieder prima

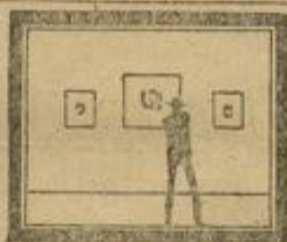
Gauffener Kartoffel

für mich ein und nehme Bestellungen entgegen

Hermann Grossman, jun.

NB. Bestellungen hierauf können auch telephonisch bei Delikatessengesch. Grossmann, Telephon 28 gemacht werden.

Gesucht von 20. 8. — 19. 9. 1 gr. Zimmer mit 1 Bett, 1 gr. 3. m. 2 Bett. Ruhige Lage. Off. an Haberland Leipzig-Co., Wilhelmstr. 64.



::: G. DELFF'S KUNSTHANDLUNG :::

INHABER FRITZ BOEGL IN PFORZHEIM

ZEIGT HIERMIT AN, DASS SEINE STÄNDIGE AUSSTELLUNG FÜR ALTE UND NEUE GRIFPELKUNST JEDERMANN UNENTGELTLICH UND OHNE KAUFZWANG ZUR BESICHTIGUNG OFFEN STEHT. :: ZUR ZEIT IST AUSGESTELLT:

JAN KLINGER: VOM TODE, RAD.-OP. XI IN ZWEI MAPPEN. ZELT, RAD.-OP. XIV. IN ZWEI MAPPEN. HANS HEID: 20 RADIERUNGEN ZUR BIBEL. IN VIER MAPPEN. 15 RADIERUNGEN ZU MOZART'S OPER DON JUAN. 9 RADIERUNGEN ZU SHAKESPEARE'S OTHELLO.

Die Ausstellung ist täglich geöffnet von 8—12 und 3—6 Uhr. Sonntags geschlossen.

Fernruf 517 ☐ PFORZHEIM ☐ Enzstraße 17

Verloren.

Mittwoch, morgen an der Wilhelmstraße 1 älteres Portemonnaie mit Inhalt. Abzugeben gegen Finderlohn bei der Exped. ds. Bl.

Rottweiler

Geld-

Lotterie

Ziehung 6. Aug.

3292 Geldgewinne m. Mk.

66000

Hauptgewinn Mark

25000

5000, 4 mal 1000

Losse zu 2 Mark

Porto u. Liste 90 Pf. mehr

J. Schweikert,

Lotterie-Einnahme

Stuttgart, Marktstr. 6

Tel. 1921, Postcheckkonto

1055 sowie in all. Verkaufsstellen.

Zu kaufen gesucht:
1 kleiner Füllofen
sowie
1 kl. Haushaltsherd.
Zu erfragen in der Exped. ds. Bl.

Verloren
beim Kurtheater ein Portemonnaie mit Inhalt. Abzugeben gegen Bel. beim Portier in der Militärkuranstalt.

la. Gouda-Käse
(weichschnittig) von holländ. frisch eingetroffen für
Gross-Abnehmer
Emanuel Strauß,
Mannheim,
P. 3.11 Telefon 7108.

Veröffentlicht

Wildbad, den 28. Juli 1920.

Stadtschultheißenamt: Bähner.

Abwehrmaßnahmen gegen die Einschleppung der Maul- und Klauenseuche durch Schweine.

Auf die am Rothaus angeschlagene Bekanntmachung des Oberamts und der Oberamtstierarztstelle Neuenbürg vom 21. Juli 1920 betr. Abwehrmaßnahmen gegen die Einschleppung der Maul- und Klauenseuche durch Schweine wird zur Beachtung hingewiesen. Es wird mit Rücksicht darauf, daß die Maul- und Klauenseuche neuerdings wieder durch von außerhalb Landes in den Oberamtsbezirk eingeführte Schweine eingeschleppt worden ist, vor der Einfuhr solcher Schweine gewarnt.

Wildbad, den 29. Juli 1920.

Stadtschultheißenamt: Bähner.

Fleisch-Abgabe.

Alle Versorgungsberechtigten erhalten 100 gr. pro Person. Die Abgabe erfolgt am Samstag im Schlachthaus für die Nummern:

501 bis Schluß vorm. 9—12 Uhr,
1 bis 500 nachm. 2—5 Uhr.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Hülsenfrüchte.

Am Samstag vormittag von 8—1 Uhr werden in der Wilhelmsschule wieder Hülsenfrüchte (Erbsen, Bohnen und Linsen) in beliebiger Menge abgegeben.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Sozialdem. Partei Wildbad.

Wegen der am Samstag stattfindenden Volksvorstellung im Kurtheater muß die angesagte

Versammlung

auf Montag abend 8 Uhr verlegt werden.

Der Ausschuß.

Schuhhaus Wilh. Treiber, Wildbad.



Wenn Du elegantes Schuhwerk haben willst —
So denk nur an die überall

bekannte Marke

MERCEDES